

## Protokoll

### Stadtrat von Thun

Sitzung 1/2013 vom 18. Januar 2013, 17.00 Uhr, Rathaus, Thun

---

#### Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtratspräsident Jürg Dällenbach (bis zur Wahl des neuen Stadtratspräsidenten) Stadtratspräsident Peter Aegerter Damen und Herren Hanspeter Aellig, Suzanne Albrecht Wyss, Martin Allemann, Jonas Baumann-Fuchs, Alfred Blaser, Christine Buchs, Piero Catani, Andrea de Meuron, Philipp Deriaz, Peter Dütschler, Susanna Ernst, Konrad Hädener, Thomas Hiltbold, Christian Josi, Sabine Kaufmann, Alain Kleiner, Andreas Kübli, Nora Läng, Lukas Lanzrein, Manfred Locher, Thomas Marghitola, Sandra Rupp Gyger, Sandra Ryser, Daniel Schenk, Reto Schertenleib, Claude Schlapbach, Carlo Schlatter, Verena Schneiter, Franz Schori, Heinz Schürch, Simon Schweizer, Peter Stutz, Reto Vannini, Simon Werren, Matthias Wiedmer
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Marianne Dumermuth Lehmann und Ursula Haller, Gemeinderäte Roman Gimmel und Peter Siegenthaler
Sekretariat	Stadtratssekretär Remo Berlinger Protokollantin Fabienne Feller
Entschuldigt	Stadträtin Ursula Stöckli sowie Stadträte Peter Fahrni und Serge Lanz
Schluss der Sitzung	19.05 Uhr

---

Der Stadtratspräsident eröffnet die Sitzung und begrüsst alle Anwesenden, insbesondere die neue Stadträtin Sabine Kaufmann.

**Martin Allemann** (SP) wünscht, das Traktandum 8 aus zeitlichen Gründen bereits nach dem Traktandum 4 zu behandeln.

**Der Rat** ist stillschweigend damit einverstanden.

## 1. Protokoll

### Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 14. Dezember 2012

Das Protokoll wird **vom Rat** einstimmig genehmigt.

## 2. Wahl des Stadtratsbüros 2013

### a) Stadtratspräsident

Claude Schlapbach, **BDP-Fraktion**, schlägt *Peter Aegerter (BDP)* zur Wahl vor.

**Der Rat** wählt Peter Aegerter (BDP) einstimmig zum Stadtratspräsidenten.

**Der Vorsitzende Jürg Dällenbach** gratuliert Peter Aegerter zur Wahl und wünscht ihm viel Befriedigung in diesem Amt. Er fordert ihn auf, den Präsidentenplatz einzunehmen.

**Peter Aegerter** (BDP) übernimmt den Präsidentenplatz und bedankt sich herzlich für die Wahl. Er wird sein Bestes geben. Er ist beeindruckt von der Art und Weise, wie der Stadtrat durch Jürg Dällenbach geleitet wurde und dankt ihm im Namen des ganzen Rates herzlich dafür.

Die Zukunft interessiert Peter Aegerter, denn nur mit vorwärts schauen kann man Aufgaben erfolgreich erledigen. Es gibt aber immer wieder Momente, in denen man kurz inne halten und zurück schauen muss. Die BDP durfte als neue Fraktion nach den Wahlen 2012 bereits im ersten Legislaturjahr den zweiten Vizepräsidenten stellen. Er dankt seiner Fraktion für die damalige Nomination. Er hat keine jahrelange Stadtraterfahrung, das ist ihm bewusst. Aber er hat keine Angst vor diesem Amt, sondern freut sich darauf, zusammen mit dem Stadtrat in diesem Jahr etwas erreichen zu können. Im Thuner Parlament ging es in den letzten zwei Jahren sehr gesittet und anständig zu und her. Das soll sich in Zukunft nicht ändern, es sollen aber auch heftige Diskussionen stattfinden können. Peter Aegerter will einen guten Ratsbetrieb zu ermöglichen und ruft dazu auf, an der Zukunft zu arbeiten.

### b) Erste Vizepräsidentin

Matthias Wiedmer, **SVP-Fraktion**, schlägt *Sandra Ryser (SVP)* zur Wahl vor.

**Der Rat** wählt Sandra Ryser (SVP) einstimmig zur ersten Vizepräsidentin.

### c) Zweiter Vizepräsident

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, schlägt *Thomas Hiltbold (Grüne)* zur Wahl vor.

**Der Rat** wählt Thomas Hiltbold (Grüne) einstimmig zum zweiten Vizepräsidenten.

#### d) Zwei Stimmenzähler

Hanspeter Aellig, **FDP-Fraktion**, schlägt *Serge Lanz (FDP)* zur Wahl vor.

**Der Rat** wählt Serge Lanz (FDP) einstimmig zum Stimmenzähler.

Sandra Rupp, **SP-Fraktion**, schlägt *Sabine Kaufmann (SP)* zur Wahl vor.

**Der Rat** wählt Sabine Kaufmann (SP) einstimmig zur Stimmenzählerin.

#### Sitzungsunterbruch: 30 Minuten

**Der Rat** wählt Christine Buchs (FDP) einstimmig zur Ersatzstimmenzählerin für den abwesenden Stimmenzähler Serge Lanz (FDP).

### 3. Stadträtliche Kommissionen

#### Wahl der Präsidien und Vizepräsidien der fünf Sachkommissionen

Der Stadtrat genehmigt, gestützt auf die Wahlvorschläge der Fraktionen und in Anwendung von Artikel 20 Absatz 3 und Artikel 21 Absatz 1 des Geschäftsreglements Stadtrat von Thun, stillschweigend folgenden

#### Stadtratsbeschluss:

Die Präsidien und Vizepräsidien der fünf Sachkommissionen werden wie folgt gewählt:

a) SAKO P + F	Präsident	Martin Allemann	SP
	Vizepräsident	Claude Schlapbach	BDP
b) SAKO B + L	Präsidentin	Suzanne Albrecht	Grüne
	Vizepräsident	Jürg Dällenbach	FdM
c) SAKO BiSK	Präsident	Peter Stutz	Grüne
	Vizepräsident	Carlo Schlatter	SVP
d) SAKO Si + So	Präsident	Piero Catani	SP
	Vizepräsident	Manfred Locher	FdM
e) SAKO StE	Präsident	Alain Kleiner	SVP
	Vizepräsident	Franz Schori	SP

### 4. Kommissionen

#### Ersatzwahl von Martin Kropf (SVP) in die Wahlkommission anstelle des zurückgetretenen Lukas Lanzrein

*Bericht des Gemeinderates Nr. 3/2013*

Matthias Wiedmer, **SVP-Fraktion**, schlägt *Martin Kropf (SVP)* zur Wahl vor.

**Der Rat** genehmigt einstimmig folgenden

## **Stadtratsbeschluss:**

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37. lit. c Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 30. November 2012, beschliesst:

1. Von der Demission von Lukas Lanzrein per 31. Dezember 2012 wird Kenntnis genommen. Die in diesem Amt geleisteten Dienste werden bestens verdankt.
2. Als Ersatz für Lukas Lanzrein wird per sofort als Mitglied in die Wahlkommission gewählt: Martin Kropf, geb. 21. April 1990, von Teuffenthal, IT-Auditor, wohnhaft Gantrischstrasse 73, 3600 Thun, und zwar ab sofort und für den Rest der laufenden, am 31. Dezember 2014 endenden Amtsdauer.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

## **5. Interpellation I 7/2012 betreffend die Förderung von Parteien**

### **SP-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 23. August 2012; Beantwortung**

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, ist gerne im Stadtrat. Er nimmt den Dank des Gemeinderats wohl im Namen von allen gerne entgegen. Dies ersetzt aber nicht die Diskussion über den Vorstoss. Zu Frage 1 (betreffend direkte Parteienfinanzierung): Die Fraktion sieht die Schwierigkeit, dies in Thun einzuführen, auch angesichts der Spardiskussion ist das nicht der richtige Weg. Die Meinung der Fraktion stimmt in diesem Punkt mit der des Gemeinderats überein. Zu Frage 2 (betreffend andere Unterstützungsmöglichkeiten der Parteien): Wenn das Sitzungsgeld für die Ratsmitglieder erhöht würde, wüsste man in zwei oder drei Jahren nicht mehr, wieso diese erhöht wurde. Das ist also nicht der richtige Lösungsansatz. Ein Unterstützungsbeitrag für die Fraktionen müsste aber näher geprüft werden. Der Apéro für die Wahl des neuen Stadtratspräsidenten wird zwar durch die Stadt bezahlt, allerdings müssen die Fraktion und der Gewählte selbst die ganze Wahlfeier finanzieren. In dieser Richtung muss etwas gemacht werden. Die Fraktion wird entsprechend den heutigen Rückmeldungen weitere Vorstösse einreichen. Die Interpellantin ist teilweise befriedigt.

Die Diskussion wird verlangt.

**Der Rat** stimmt der Diskussion zu.

Lukas Lanzrein, **SVP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die kritische Beantwortung. Die Fraktion bevorzugt ein Milizwesen und sieht die Mitarbeit im Rat als unentgeltlichen Beitrag für die Gesellschaft. Das Engagement muss gewürdigt werden, der Gemeinderat hat dies in seiner Antwort getan. Die Parteien und Verbände leisten wertvolle Arbeit. Die Parteienfinanzierung hat in der Schweiz keine Tradition, auch nicht in Thun. Die Fraktion behält sich deshalb vor, einen solchen Vorstoss abzulehnen. Lukas Lanzrein sieht die von Stadtrat Allemann gemachte Differenzierung zwischen einem Fraktionsbeitrag und einer Parteifinanzierung nicht ganz. Es geht darum, dass die Stadt Thun mit Steuergeldern Politiker finanzieren soll, ob das Geld in die Kasse der Fraktion oder in die Parteikasse fliesst, spielt keine Rolle.

Jürg Dällenbach, **Fraktion der Mitte**, ist der Meinung, dass es die Parteienfinanzierung nicht braucht. Eine direkte Parteienfinanzierung ist mit vielen Fragen behaftet. Eine direkte Förderung wie der Gratisversand der Wahlunterlagen ist eine gute Sache. Eine Erhöhung der Sitzungsgelder ist verlockend, man leistet ja auch etwas für die Stadt. Aber das Signal würde von der Bevölkerung nicht verstanden werden. Immer wieder war im Rat die Rede davon, dass es schlecht um die Finanzen der Stadt stehe. In einer solchen Situation die Sitzungsgelder zu erhöhen, kommt nicht in Frage.

Christine Buchs, **FDP-Fraktion**, ist erstaunt, dass die Parteienfinanzierung auf Kosten der Allgemeinheit passieren soll. Die Fraktion ist sich aber der Problematik bewusst. Die Politik basiert auf einem Milizsystem, Politiker sind also gleichzeitig immer auch Berufsleute. Es wird immer schwieriger, Leute zu gewinnen. Politische Arbeit ist Knochenarbeit, die heute nicht mehr automatisch mit einem erhöhten sozialen

Status einhergeht. Für die Partei ist der Ansatz der Parteienfinanzierung völlig falsch. Die Politik kontrolliert die Arbeit der Stadt und die Finanzen, deshalb können politische Parteien nicht von der öffentlichen Hand finanziert werden; ansonsten leidet die Unabhängigkeit. Die Verantwortung für die Finanzierung trägt die Partei selber. Eine Gemeinde oder eine Stadt ist daran interessiert, dass das Parlament gute Arbeit leistet und aus Leuten aus allen Schichten besteht. Aber gerade selbständig erwerbende Parlamentarier können es sich immer weniger leisten, ein politisches Amt zu übernehmen. Es besteht die Gefahr, dass solche Leute aus dem Rat verschwinden. Deshalb kann sich die Fraktion unter Umständen eine massvolle Erhöhung der Sitzungsgelder vorstellen. Selbstverständlich geht es nicht darum, dem Mandatsträger die ausfallenden Kosten im Betrieb zu ersetzen, aber der Spielraum, den der Gemeinderat in der Antwort antönt, darf ausgenutzt werden. Die Diskussion, wie das geschehen soll, muss geführt werden. Eine Variante wäre, dass grössere Mandatsabgaben an die Fraktionen fliessen. Die Fraktion will aber zuerst einen Leistungsausweis einer Partei sehen, dieser besteht in den gewählten Ratsmitgliedern. Nicht entscheidend kann die reine Existenz einer Partei sein.

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, weist darauf hin, dass man nicht nur mit Geld motivieren kann. Die Parteienfinanzierung widerspricht dem Milizgedanken. Man ist im Rat Volksvertreter, aber auch Interessenvertreter. Eine Partei muss sich über Mitglieder und Sponsoren finanzieren. Wenn sie eine gute Politik macht, hat sie die nötigen Gelder. Die Politik muss sich anpassen. Das Sitzungsgeld wurde vor nicht allzu langer Zeit fast verdoppelt.

Claude Schlapbach, **BDP-Fraktion**, ist der Meinung, dass Unabhängigkeit oberste Priorität hat. Deshalb sieht die Fraktion im Moment keinen Handlungsbedarf betreffend Parteienfinanzierung.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, hegt gewisse Sympathien für das Anliegen. Die Förderung sollte nicht auf das Geld beschränkt werden. Auf lokaler Ebene besteht diesbezüglich kein Bedarf, vielleicht eher beim Grossen Rat oder auf eidgenössischer Ebene. Ein Stadtratsmitglied hat nur eine Sitzung im Monat und allenfalls noch Kommissionssitzungen, die Einbussen sind da gering. Was eher vorstellbar wäre, sind Naturleistungen wie beispielsweise Inseratplätze im Amtsanzeiger. Man kann mit der Unabhängigkeit argumentieren, allerdings ist man auch nicht unabhängig, wenn man sich durch Privatpersonen finanziert. Das ist ein schwieriges Thema, auch ein Fraktionsbeitrag ist nicht angebracht.

## 6. Motion M 5/2012 betreffend Einführung einer Jugendmotion

**Fraktionen SP, SVP, BDP, Grüne und Mitunterzeichnende vom 20. September 2012; Beantwortung**

**Stadtpräsident Raphael Lanz** steht der Motion positiv gegenüber. In dieser Legislatur wurde bereits viel geplant für Jugendliche. Auch mit dieser Jugendmotion soll ein Beitrag geleistet werden. Es soll ein "Eingangstor" für ein Engagement für die Allgemeinheit sein.

Manfred Locher, **Fraktion der Mitte**, ist überzeugt, dass es sich bei der Jugendmotion um ein wirksames Instrument für die Jugendlichen handelt. Die Fraktion unterstützt die Motion. Die Einführung ist eine Chance, Staatskunde in die Oberstufe zu bringen. Die jugendlichen Schülerinnen und Schüler müssen wissen, was man mit einer Motion machen kann.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, ist der Meinung, dass die Antwort des Gemeinderats zur aktuell guten politischen Stimmung in Thun passt. Jugendliche erfahren so früh, dass es mehr bringt, sich politisch zu engagieren, als „die Faust im Sack“ zu machen. Anliegen von Jugendlichen werden in Thun ernst genommen. Auch die Vorschläge des Gemeinderats zu den Rahmenbedingungen entsprechen den Vorstellungen der Fraktion. Die Jugendmotion soll auch für Jugendliche sein, die den Schweizer Pass nicht oder noch nicht haben. Die Fraktion erwartet die Vorlage und freut sich auf die erste Jugendmotion.

Christine Buchs, **FDP-Fraktion**, weist darauf hin, dass die Jugend eigentlich die gleichen Rechte wie die anderen Bevölkerungsgruppen hat. Ihre Anliegen können Jugendliche an sich in Jungparteien vorbringen. Das Instrument könnte aber pädagogisch sinnvoll sein. Die Fraktion nimmt die Motion an.

Reto Schertenleib, **SVP-Fraktion**, unterstützt die Motion. Wie rege das Instrument dann genutzt wird, wird sich zeigen. In Bern besteht das Mittel seit 10 Jahren und ist erst vier Mal zur Anwendung gekommen. An den Ausführungsbestimmungen muss noch gearbeitet werden. Es ist problematisch, ausländische Jugendliche mitmachen zu lassen und ihnen dann, wenn sie 18 Jahre alt werden, das Recht zur Mitwirkung wieder wegzunehmen.

Claude Schlappach, **BDP-Fraktion**, ist erfreut über die Antwort des Gemeinderats. Die Fraktion unterstützt die Einführung der Jugendmotion.

**Stadtpräsident Raphael Lanz** weist darauf hin, dass nach der heutigen Beurteilung die Stadtverfassung nicht zwingend abgeändert werden muss. Eine Änderung des Geschäftsreglements sollte genügen. Über die Details kann später diskutiert werden.

Die Motion wird **vom Rat** einstimmig angenommen.

## **7. Postulat P 11/2012 betreffend die Trennung von Kehricht aus öffentlichen Abfallbehältnissen**

### **Fraktionen SP, Grüne, BDP und Mitunterzeichnende vom 23. August 2012; Beantwortung**

**Gemeinderat Roman Gimmel** erinnert daran, dass das Thema Abfall in der ersten Legislaturhälfte ein Schwerpunkt war. Das Thema wird die Räte auch in der zweiten Legislaturhälfte beschäftigen, auch auf Grund von zwei neuen Vorstössen von heute Abend zu diesem Thema. Betreffend Abfalltrennung muss immer eine Abwägung zwischen Aufwand und Ertrag gemacht werden. Es ist fast nicht mach-, zumut- und bezahlbar, den nicht sortenreinen Abfall aus öffentlichen Abfallbehältnissen zu trennen. Dieser ist praktisch nicht trennbar.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, informiert, dass die Fraktion das Postulat zurückzieht. Politik besteht auch aus Lernprozessen, ein solcher fand statt. Er ist dankbar, dass das Tiefbauamt den Versuch gemacht hat. Das Anliegen an sich wurde positiv aufgenommen, aber es ist klar unzumutbar, diesen Abfall zu trennen. Die Fraktion hat sich intensiv mit der Frage befasst und gesehen, dass es Anlagen gibt, die Müll automatisch trennen. Solche sind beispielsweise in Deutschland in Betrieb. Es ist aber das Ziel, in der Schweiz den Abfall an der Quelle zu trennen. Eine Anlage, nur um öffentliches Sammelgut zu trennen, wäre nicht rentabel. Sollte der ganze Abfall automatisch getrennt werden, würde die erfolgreiche Abfallpolitik der letzten Jahrzehnte in Frage gestellt und eventuell gar kein Abfall mehr an der Quelle getrennt. Die Idee einer automatischen Mülltrennungsanlage wurde deshalb verworfen. Ein neuer Vorstoss betreffend Abfallvermeidung und -verwertung wurde eingereicht.

## **8. Postulat P 13/2012 betreffend Regelung der Spielzeiten von Strassenmusikanten**

### **SVP-Fraktion vom 23. August 2012; Beantwortung**

Christian Josi, **SVP-Fraktion**, dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung. Das Postulat hat offene Türen eingemacht. Der Fraktion geht es nicht darum, Strassenmusikanten einzuschränken, sondern darum, Auswüchse zu bekämpfen. Das Ruhebedürfnis der Anwohner muss beachtet werden. Es geht um die Koordination von verschiedenen Interessen. Wie die konkrete Regelung aussehen soll, ist noch zu diskutieren. Der Gemeinderat wird einen Vorschlag unterbreiten. Es wird heute über den Antrag diskutiert, nicht über die Begründung. Die Fraktion hat nur Beispiele zur Regelung vorgeschlagen.

Reto Vannini, **BDP-Fraktion**, tut sich schwer mit dem Geschäft. Er versteht das Anliegen der Postulantin, aber die ganze Strassenmusik ist bereits in einem Merkblatt geregelt. Die Ruhezeiten sind bestimmt. Strassenmusik soll bezüglich Qualität und Quantität geprüft werden. Über die Quantität kann diskutiert werden, aber es ist fraglich, wie die Qualität von Strassenkultur beurteilt werden soll. Die vorhandene Regelung muss einfach umgesetzt werden. Es braucht dann auch keine Bewilligungspflicht. Die Stadt Thun kann Strassenmusik jeglicher Qualität aushalten.

Piero Catani, **SP-Fraktion**, weist darauf hin, dass es bereits so eine Regelung gibt. Diese genügt, es gibt kein Handlungsbedarf für weitere Bestimmungen. Die vorgeschlagene Regelung ist kompliziert, die Umsetzung ist aufwändig und es braucht mehr Personal und Kontrolle. Die Fraktion wird das Postulat ablehnen.

Peter Dütschler, **FDP-Fraktion**, ist der Meinung, dass ein neues Gesetz nicht hilft. Nötig ist ein proaktives Vorgehen. Die Gewerbepolizei hat die nötige Erfahrung und die Instrumente. Die Fraktion lehnt das Postulat ab.

**Gemeinderat Peter Siegenthaler** an Stadtrat Vannini: Strassenmusikanten kommen zum Teil als Bettler getarnt in die Stadt, sie verteilen sich in der Stadt und versuchen, mit ihren Instrumenten ein Lied zu spielen. Eine mit z.B. sechs Personen braucht keine Bewilligung. Fast alle Musikanten wollen im Bälliz oder auf dem Mühleplatz spielen. Der Platz ist begrenzt. Selbst wenn die Musiker den Standort wechseln, wie auf dem Merkblatt vorgeschrieben wird, kann es sein, dass den ganzen Tag sechs Personen vor dem gleichen Geschäft oder der gleichen Wohnung stehen. In der Saison gehen täglich mehrere Klagen ein. Die Gewerbepolizei kann keine Dauer-Präsenz sicherstellen. Herr Siegenthaler verweist auf die strengere Regelung in Bern. Die maximale Spielzeit beträgt dort beispielsweise 30 Minuten und die Bewilligung kostet 50 Franken ab zwei Personen für einen Tag. In Thun kostet es nichts, die Bewilligungspflicht besteht erst ab acht Personen. Thun hat eine sehr liberale Regelung. Herr Siegenthaler bittet den Rat, das Postulat zu überweisen.

Christian Josi, **SVP-Fraktion**, weist darauf hin, dass das Merkblatt keine Regelung ist. Das Merkblatt müsste in ein Reglement oder eine Verordnung überführt werden.

Es geht darum, die Bedürfnisse der Leute in der Innenstadt ernst zu nehmen. Es geht nicht um eine Ideologie, sondern um die Koordination der Interessen der Strassenmusikanten mit den Interessen der Gewerbetreibenden und Anwohnern.

Reto Vannini, **BDP-Fraktion**, möchte einfach keine Bewilligungspflicht und keine Lösung, die einengt. Dem Postulat kann die Fraktion deshalb, so wie es vorliegt, nicht zustimmen.

Christian Josi, **SVP-Fraktion**, erinnert, dass über den Antrag abgestimmt wird und nicht über die Begründung. Die näheren Bestimmungen sind offen.

**Der Rat** lehnt das Postulat mit 17 : 15 Stimmen bei drei Enthaltungen ab.

## Mitteilungen

**Stadtratssekretär Remo Berlinger** verliest das Demissionsschreiben von Stadtrat Jürg Dällenbach.

**Der Stadtratspräsident** lädt alle Ratsmitglieder zum Skitag am 2. März 2013 ein.

**Der Stadtratspräsident** verabschiedet Stadtrat Peter Dütschler. Bereits an der letzten Stadtratssitzung wurde das Demissionsschreiben verlesen. Peter Dütschler war sechs Jahre Mitglied des Stadtrats, zudem war er Mitglied der SAKO P+F, der Arbeitsgruppe Aufgabenverzichtsplanning, der Kommission Parkhausplanung und Stadtvertreter bei Thun-Thunersee Tourismus.

**Der Stadtratspräsident** verabschiedet Stadtrat Jürg Dällenbach. Dieser war total elf Jahre im Stadtrat. Er war Stadtratspräsident, Mitglied in der SAKO WHU, in der SAKO Soziales, in der SAKO P+F sowie in der SAKO B+L. Zudem war er in der Kommission Wahlsystem Gemeinderat, in der Arbeitsgruppe Aufgabenverzichtsplanning und in der Kommission Parkhausplanung. Vor seiner Zeit im Stadtrat war er in der Kommission Energie und Verkehr.

**Der Stadtratspräsident** dankt Peter Dütschler und Jürg Dällenbach im Namen des Stadtrats für ihr Engagement für die Stadt Thun und wünscht ihnen alles Gute für die Zukunft.

## Eingänge

- Interpellation betreffend Abfallvermeidung und –verwertung; SP-Fraktion vom 18. Januar 2013
- Postulat betreffend Ausführungsbestimmungen zur Nutzung von Mehrweggeschirr; Fraktion der Mitte vom 18. Januar 2013
- Postulat betreffend Massnahmen nach Alkoholintoxikation; Jonas Baumann-Fuchs (EVP) und Mitunterzeichnende vom 18. Januar 2013

Der Stadtratspräsident

Der Stadtratssekretär

Peter Aegerter

Remo Berlinger